

Aufbruch der Leistungsträger

Schröpfung des Steuerzahlers, Semi-Sozialismus, Staats-Kleptokratie – der Philosoph Peter Sloterdijk löste mit seinen Thesen zur Zukunft des Kapitalismus in diesem Herbst eine Debatte aus. Axel Honneth, Altverwalter der Frankfurter Schule, erwiderte empört. Exklusiv in *Cicero* antwortet Sloterdijk mit seinen „Zeitdiagnostischen Bemerkungen“. Entstanden ist ein Manifest zum neuen Zeitgeist, ein Plädoyer für Freiheitswind in Deutschland

VON PETER SLOTERDIJK

Von Feigheit paralyisiert

Seit dem frühen 18. Jahrhundert sind die Angehörigen europäischer Nationen bereit auszuprobieren, wohin es führt, wenn man sich selbst mit den Augen der anderen sieht. So hat Montesquieu in seinen Persischen Briefen von 1721 zwei Orientalen auf die Reise nach Westen geschickt, um ihren Landsleuten zu berichten, wie es mit den Sitten und Gebräuchen in den Ländern des Sonnenuntergangs bestellt ist. Es ist höchste Zeit, scheint mir, wieder einmal die Perser einzuladen, damit sie einen verfremdenden Blick auf die Zustände in unserem Land werfen.

Was den von außen kommenden Beobachtern unserer Verhältnisse sicher am stärksten ins Auge springen würde, obschon es für uns durch seine Alltäglichkeit fast unsichtbar geworden ist: Wir haben uns – unter dem Deckmantel der Redefreiheit und der unbehinderten Meinungsäußerung – in einem System der Unterwürfigkeit, besser gesagt: der organisierten sprachlichen und gedanklichen Feigheit eingerichtet, das praktisch das ganze soziale Feld von oben bis unten paralyisiert. Dies gilt, wohlgemerkt, nicht für die aktuelle deutschsprachige Literatur, die farbig und ausdrucksstark ist wie seit langem nicht. Aber unsere sogenannte „Öffentlichkeit“, der politisch-publizistische Raum, die Sphäre der vorgesagten und nachgesagten Meinungen ist auf eine Weise durchsterilisiert und homogenisiert, dass man meinen möchte, fast alle, die bei uns öffentlich das Wort nehmen, kämen geradewegs aus dem Desinfektionsbad. Die Perser würden glauben, sie entdeckten auf fremdem Boden orientalische Verhältnisse wieder.

Denken wir an den entlarvenden Vorgang, der sich vor wenigen Wochen anlässlich einiger kantiger Formulierungen des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin entwickelt hat: Weil er so unvorsichtig war, auf die unleugbar vorhandene Integrationsscheu gewisser türkischer und arabischer Milieus in Berlin hinzuweisen, ging die ganze Szene der deutschen Berufsempörer auf die Barrikaden, um ihm zu signalisieren: Solche Deutlichkeiten sind unerwünscht. Man möchte meinen, die deutsche Meinungs-Besitzer-Szene

habe sich in einen Käfig voller Feiglinge verwandelt, die gegen jede Abweichung von den Käfigstandards keifen und hetzen. Sobald einmal ein scharfes Wort aus einem anderen Narrenkäfig laut wird, bricht auf der Stelle eine abgekartete Gruppendynamik los. Dabei geht es zu, als gelte es, einen Wettbewerb in Empörungsdarstellung zu gewinnen: Wer schafft es, seine Konkurrenten an Würdelosigkeit beim Eifern und Geifern zu übertreffen? Einigermassen fassungslos sieht man mit an, wie dann die Mechanismen der Trivialmoral in endlosen Schleifen abgespult werden – bis hinauf in die Spitzen der „Gesellschaft“. In der Berliner SPD heulen die Wölfe sogar von Parteiausschluss. Auf Wahrheit soll künftig die Höchststrafe stehen: Existenzvernichtung. Auch die Leitung der Deutschen Bundesbank erweist sich gegen die Epidemie des Opportunismus als nicht immun. Deren Chef, statt sich gelassen vor seinen Kollegen zu stellen und zu sagen: Hört zu, Freunde von hier und von anderswo, in einer Welt, wo die freie Rede zu den höchsten Gütern zählt ist, muss man

Zuspitzungen aushalten können, wie sie zuweilen aus dem Munde unseres scharfzüngigen Mitarbeiters kommen – statt also irgendetwas Souveränes, Aufheiterndes, gut Ventiliertes zu sagen, spricht sogar Axel Weber, ansonsten wohl ein respektabler Mann, die allgemein erwartete Sklavensprache und deutet an, es wäre für das Ansehen seines Hauses besser, der überdeutliche Mitarbeiter zöge berufliche Konsequenzen. Er kommt nicht auf den Gedanken, seine eigene entkernte Haltung, sein serviles Vorwegnehmen von eingebildeten Nachteilen, sein Floaten mit dem Tageskurs der Empörerei könnten die wirkliche Gefahr für das Ansehen seines Unternehmens bedeuten. Das Beispiel zeigt, wie tief bei uns der Sprachkarren im Dreck steckt – und mit dem Sprachkarren das ganze System der politisch-psychologischen Reflexe.

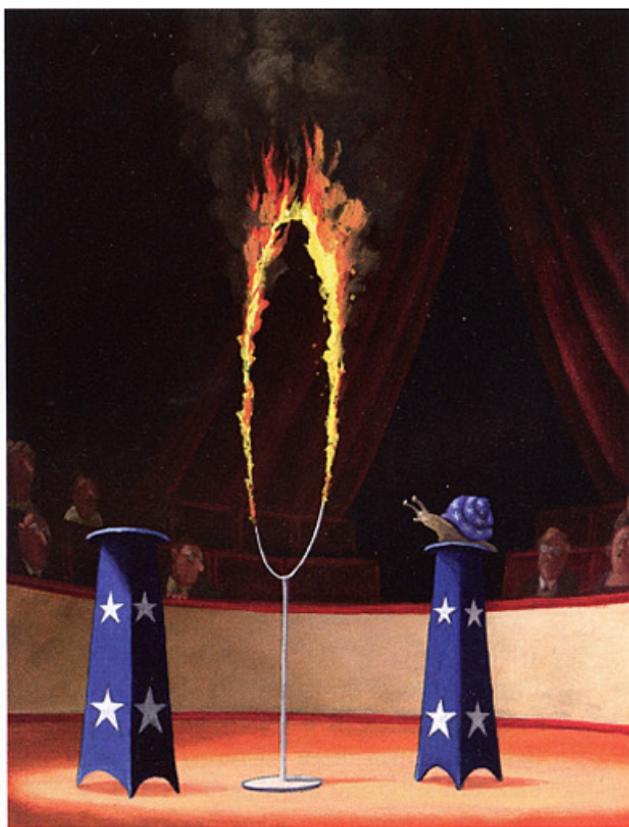
Deutsches Unverständnis für die thymotischen Affekte

Wenn man erklären sollte, wie es zu diesen entwürdigenden Zuständen gekommen ist, wäre historisch weiter auszuholen. Man müsste erzählen, erklären und dokumentieren – das würde Zeit kosten –, wie es kam, dass bei uns, in Europa im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen, im Laufe des 20. Jahrhunderts die Balance zwischen den Primäraffekten

der menschlichen Seele, den gierartigen Regungen auf der einen Seite, den stolzartigen Regungen auf der anderen – griechisch gesprochen: das Wechselspiel von Eros und Thymos – so völlig verloren gegangen ist. Die heute erreichten Grenzwerte sprechen für sich: Von einem Ende zum anderen ist unsere Alltagskultur von den Figuren und Affekten der Mangelrhetorik durchdrungen. Ja, was wir in unseren Breiten Wirklichkeit nennen, ist ein Gesamtkunstwerk aus Mangelbildungen. An allen Ecken und Enden spricht man nur noch vom Fehlen, vom Brauchen, vom Nicht-Haben und vom Beantragen – längst neigen die meisten Zeitgenossen zu der Überzeugung, dass mit dem Wort Mängelwesen alles gesagt sei, was über den Menschen als wunschgetriebenes Etwas überhaupt zu sagen ist. Bis in die letzten Verästelungen unserer Begriffs- und Erlebnisform ist unser Dasein durch Mangeldefinitionen geprägt. Wie keine Generation zuvor sind wir therapeutisiert, kulpabilisiert, miserabilisiert und auf Defizitgefühle dressiert. In kulturgeschichtlicher

Sicht dürften wir die erste Gesellschaft sein, in der man allgemein den Satz unterschreibt, wonach der Mensch das Tier im Minus ist.

Für die komplementäre Dimension des menschlichen Seelenlebens, den Stolz, die Ehre, die Großzügigkeit, das Haben und Schenken, für die ganze Skala der gebenden Tugenden, die zum kompletten thymotischen Leben gehören, haben wir praktisch kein Empfinden mehr, und mit dem fehlenden Empfinden ist auch die dazugehörige Sprache ausgestorben. Vom gebenden Leben weiß unsere Offizialkultur so gut wie gar nichts mehr. Dass die Menschen aber nehmende und gebende Wesen sind, ja dass sie, sobald sie auf die gebende Seite kommen, materiell oder symbolisch, sofort beginnen, mit sich selbst und den anderen viel bessere Erfahrungen zu machen,



Die deutsche Meinungs-Besitzer-Szene hat sich in einen Käfig voller Feiglinge verwandelt, die gegen jede Abweichung von den Käfigstandards keifen und hetzen

als auf der Gierseite je zu gewinnen sind: das ist aus dem aktuellen Horizont unserer Wirklichkeitsauffassung so gut wie völlig ausgeblendet worden.

Es ist wahr, über Einkünfte, Gewinne und Zuwächse, die unserer nehmenden „Natur“ Genugtuung verschaffen, freut man sich, solange die Quelle sprudelt. Und nichts berechtigt uns, über diese Komponente der menschlichen Affektwirklichkeit die Nase zu rümpfen, solange sie nicht einseitig ins Extrem getrieben wird. Jedoch, die tieferen Momente, die uns wirklich Satisfaktion verschaffen, sind ohne Zweifel diejenigen, in denen der Einzelne sich seiner Geberqualitäten versichert. Das sind die Augenblicke, in denen ein Mensch nach vorne geht mit dem Bekenntnis: Das habe ich, das gebe ich, das teile ich, so bin ich.

Vor diesem Hintergrund lässt sich begreiflich machen, warum der westlichen Zivilisation im Allgemeinen und der deutschen Kultur im Besonderen auf mittelfristige Sicht nur noch durch eine Art von politisch-psychologischer Reformation zu helfen ist. Könnte es sein, dass wir am Anfang einer solchen stehen? Tatsächlich, wie wäre es, wenn wir aus dem überall tief ausgehobenen Loch des Mangeldenkens, in dem wir uns imaginär gütig, sentimental und heuchlerisch eingerichtet haben, endlich wieder hervorstiegen, um uns in der zeitgenössischen Welt umzuschauen? Die Wahrheit ist doch, dass wir uns mit den meisten Kulturen auf der Erde seit geraumer Zeit schon nicht mehr richtig verständigen können. Wir haben die Fähigkeit dazu verloren, weil unser eingefleischtes Denken in Kategorien des Fehlens und Brauchens es uns verbietet, die zahlreichen fortbestehenden Stolzulturen auf der Erde und mit ihnen alle Lebensentwürfe, in denen der Mensch ein Plus hat und Ehre fordert, auch nur von ferne noch zu begreifen.

Kohls Erbe: Lethargokratie und Frivolität

Mag sein, dass dies nicht der richtige Augenblick ist, um mit so vagen und weitwinkligen Perspektiven zu hantieren. Wer redet von Reformation, wenn schon kleine Reformen nicht mehrheitsfähig sind? Und doch, für Mentalitätshistoriker wäre es reizvoll, gerade jetzt, da ein neues Kapitel in der politischen Geschichte unseres Landes begonnen wird, die Langfassung der Saga von der Konsumgesellschaft aufzublättern, an deren aktuellen Spitze wir leben. Deren Anfangspassagen würden uns in die Zeit des französischen Bürgerkönigs Louis Philippe zurückversetzen, der von 1830 bis 1848 über die erste postrevolutionäre Spaß- und Konsumgesellschaft regierte. Da wir uns aber mit der Kurzfassung begnügen müssen, werden wir mit der jüngeren deutschen Mentalitätsgeschichte beginnen. Die muntere Fahrt in den Dreck, in dem der Karren heute steckt, begann – soweit man das zur Stunde überblicken kann – Anfang der achtziger Jahre, als Helmut Kohl an die Macht gelangte, ein Mann, der schon durch seine markant formlose Physis den Zeitgeist des finalen Konsumismus prophetisch verkörperte. Tatsächlich hat man schon damals Kohl mit Louis Philippe verglichen, und hier wie dort sah man in diesen nur scheinbar gutmütigen Gestalten die jeweils zeitgerechte Personalunion aus unerbittlicher Ambition und verführerischem Phlegma an die Rampe treten.

Unter Helmut Kohl ist in unserem Land ein einzigartiges psychopolitisches Syndrom entstanden, das ich die deutsche

Lethargokratie nenne. Von weitem erinnert sie an altchinesische Zustände insofern, als schon vor zweitausend Jahren bei den Ratgebern des Kaisers von China die Weisheitsmaxime zu hören war: Die beste Herrschaft sei diejenige, von der das Volk glaubt, sie finde gar nicht statt. Demnach soll im öffentlichen Raum nicht mehr an Lenkung, Dominanz und Machtausübung spürbar werden, als Wasser verspürt, wenn es dem Hang des Geländes folgt. Die im Rückblick unfassbar lang erscheinende Kohl-Ära – sie dauerte schier endlose sechzehn Jahre, 1982 bis 1998 –, war so gesehen eine stilreine Hang-Dynastie. Da rutschte jeder jeden Buckel runter, der abwärts ins Wahrscheinlichere führt, immer entropisch munter hinunter ins Allzumenschliche, der sozialen Endformel entgegen: Urlaub, Umverteilung, Adipositas. Gottfried Benn hatte in der Gründerzeit der BRD notiert: „Dumm sein und Arbeit haben: Das ist das Glück.“ Unter Kohl hieß es: Die Kurse beobachten und ab in die Ferien! Zu seiner Zeit trat in der BRD die erste Generation von Erben und Berufsurlaubern in Erscheinung, die nicht verhehlten, wie schön das Leben sein kann, wenn man tüchtige Eltern begräbt.

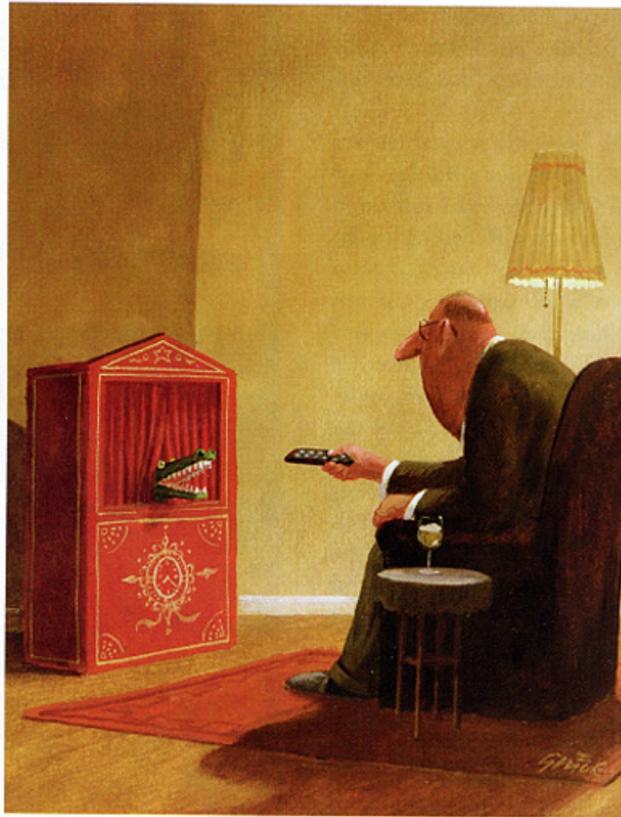
Kurzum, die lethargokratische Grundstimmung, die bis gestern über unser Land lag und auch nach dem 27. September nicht ganz verschwunden ist, reicht unmissverständlich bis in die Jahre, die ihr kennt, zurück. In ihnen wurde die Große Koalition aus Spaß und Stagnation geschmiedet, die für eine ganze Generation junger Deutscher den letzten Horizont markierte. Trägheit und Frivolität wurden damals unzertrennlich. Zieht man nach solchen Zeiten Bilanz, so ist in ihnen, wie das Vertretersprichwort sagt, tatsächlich außer Speßen nichts gewesen, und wenn uns nicht mitten in den Kohl-Jahren wie aus heiterem Himmel die deutsche Wiedervereinigung in den Schoß gefallen wäre, man würde sich schlechthin an nichts erinnern – ein paar schöne Nachmittage auf der Terrasse ausgenommen. Es war Kohl'sche Regierungsweisheit, scheinbar oder wirklich drängende Probleme zurückzustellen, wie um zu beweisen, dass sich das Meiste durch Ignorieren erledigt. Kohls hohe Kunst des Nicht-zur-Kennntnis-Nehmens von Dringlichkeiten war engstens mit der schon damals nicht neuen Technik der Staatsschuldenausweitung verknüpft. Im Grunde war er wie ein chinesischer Regent davon überzeugt, das Nichthandeln sei stets dem Handeln vorzuziehen. In sei-

ner Regierungszeit wurde das Wort „Reformstau“ zum Synonym für deutsche Befindlichkeiten. Der Kanzler selbst war der Stau in Person, und er war in den Stau verliebt – denn der stellte sicher, dass der Mann, der ihn überholen könnte, sollte er schon geboren sein, keine Chance hätte, an die Spitze der Kolonne vorzufahren.

Alle Daten sprechen dafür, dass die Kohl-Ära, als soziopsychologischer Zustandsraum verstanden, nicht zu Ende war, als der Fürst des Stillstands, der joviale Sitzriese, der leutselige Saumagengourmet und skrupellose Staatsschuldenbeschleuniger nach dem Wahlsieg Schröders von 1998 verabschiedet wurde, obschon er allzu gern eine fünfte Kanzlerschaft gewonnen hätte, explodierenden Arbeitslosenzahlen und ersten Hinweisen auf eine neue soziale Frage zum Trotz. Sie endete aber auch nicht wirklich, als das hektische siebenjährige Rot-Grün-Intermezzo begann, in dem zwei testosteronbefeuerte Alphatiere es genossen, an der Spitze des Staates zu schweben – wer erinnert sich noch an ein Detail aus dieser verlorenen Zeit? Nun ja, da gab es den schändlichen Gewaltblödsinn des elften September, der die politische Semantik der Welt veränderte, weil er die von Konservativen längst vorbereitete Wende zum Vorrang der Sicherheitsthemen auf Kosten von Freiheitsthemen durchsetzen half. Und es gab das Weinwunderjahr 2003, das nicht einmal ein Selbstlobkünstler wie Schröder in die positive Bilanz seiner Regierungstätigkeit schreiben konnte.

In Wahrheit steht die Beendigung der deutschen Lethargokratie erst heute wirklich auf der Tagesordnung – heute, das heißt: nachdem die erste Merkel-Amtszeit von 2005 bis 2009 ihrerseits wie ein Spuk vorübergegangen ist. Auch diese Jahre standen noch ganz im Zeichen der geerbten Paralyse. Die zweite Große Koalition war nichts anderes gewesen als die Wiederaufnahme des Kohl'schen Trägheitssystems und seine Fortschleppung mit anderen Mitteln. In solchen Zeiten lernt das Volk, dass an der Macht zu sein und zu regieren nicht dasselbe ist. Die Politiker lernten eine andere Regel: Sobald man weiß, dass man nie kann, wie man will, ist es am klügsten, mit dem Wollen erst gar nicht zu beginnen.

Die Angela Merkel, die wir bis heute kennenlernten, erwies sich im Kanzleramt als eine echte Kohl-Tochter insofern, als sie den lethargokratischen Machtmodus stilsicher aufnahm,



Die Politiker lernten eine andere Regel: Sobald man weiß, dass man nie kann, wie man will, ist es am klügsten, mit dem Wollen erst gar nicht zu beginnen

ja ihn im Dauerpatt des schwarz-roten Bündnisses zu seinen letzten Verfeinerungen vorantrieb. In dieses Bild gehören die Anekdoten, die berichten, wie die Kanzlerin ihren Staatsgästen eigenhändig Tee und Süßes an den Platz bringt. Ihre persönliche Zutat zu den Zwängen des Amtes war ein Hauch von postpolitischem Matriarchat, mit dessen Hilfe sie den genial banalen Slogan der Adenauer-Ära: „keine Experimente“ unter den Bedingungen des beginnenden 21. Jahrhunderts noch einmal zur Staatsdevise machte. Enthüllend für die Befindlichkeit der politischen Klasse war in diesem Kontext der Beschluss des Bundestags über den Modus des Wiederaufbaus des Berliner Schlosses: In der spätlethargokratischen Republik versteht zwar niemand mehr, was Wille zur Gestaltung bedeutet, den Willen zur Fassade aber lässt man sich nicht nehmen.

Die Krise der phänomenalen Sozialdemokratie

Soll man in schlichten Worten sagen, in welcher Hinsicht die Wahlen zum Bundestag im September 2009 eine Zäsur in der jüngeren System- und Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik darstellen werden, so braucht man bloß zu konstatieren, was ohnehin zutage liegt: Die schönen Tage von Aranjuez sind vorüber, das lang gezogene Fin-de-siècle der Deutschen ist abgelaufen. Die Lust am Schweben über der Stagnation weicht der Sorge über eine blockierte Zukunft.

Der atmosphärisch evidente Befund lässt sich vertiefen, wenn man sich mit dem Schicksal des größten Verlierers vom 27. September unter einem systemischen Gesichtspunkt befasst. Tatsächlich kommt der Absturz der SPD einem Symptom gleich, das über die interne Verfasstheit der aktuellen Staatlichkeit, des Parteienwesens und des sozialen Bandes in unserem Lande insgesamt Aufschluss gibt. In diesem Zusammenhang muss ein für allemal daran erinnert werden, dass Sozialdemokratie nicht nur der Name einer altehrwürdigen politischen Partei ist, deren Anfänge in die Frühzeit der Arbeiterbewegung zurückreichen – sie war de facto die Mutter aller parlamentarischen Oppositionen und das so unbequeme wie unverwüsthliche Vehikel, auf dem die soziale Frage durch das 19. und 20. Jahrhundert reiste. Nicht umsonst haben wir in unseren jungen Jahren die unentbehrliche Karre geliebt wie den ersten gebrauchten VW-Käfer, die fahrbare Blechtrommel.

Doch ist Sozialdemokratie zugleich eine Systemformel: Sie beschreibt genau die politisch-ökonomische Ordnung der Dinge, die den modernen Staat als Steuerstaat, als Infrastrukturstaat, als Rechtsstaat und nicht zuletzt als Sozialstaat und Therapiestaat definiert. Man hat es infolgedessen in der systemischen Wirklichkeit der westlichen Nationalstaaten immer mit zwei Sozialdemokratien zu tun, die man sorgfältig auseinanderhalten sollte, wenn man der Verwirrung entgehen will. Wir begegnen überall einer phänomenalen und einer strukturellen, einer manifesten und einer latenten Sozialdemokratie, einer, die als Partei auftritt, und einer, die in die Definitionen, Funktionen und Prozeduren der modernen Staatlichkeit als solcher mehr oder weniger irreversibel eingebaut ist.

Nimmt man hiervon Kenntnis, so versteht man auch schon, warum die Sozialdemokratie als Partei ein tendenziell tragisches Phänomen repräsentiert. So wie der tragische Held schuldlos schuldig wird und in seinem Schicksalsknoten un-

tergeht, so wird die tragische Partei überwiegend unverschuldet unpopulär und geht an dem pragmatischen Erfolg ihrer Prinzipien zugrunde – zumindest in dem Sinn, dass zahllose Bürger den Sozialdemokratismus nicht mehr notwendigerweise dort suchen und finden, wo die alte Fahne aus dem Fenster gehängt wird. Folglich sind manifeste Sozialdemokraten Anhänger der einzigen Partei, der es periodisch gelingt, sich selber überflüssig erscheinen zu lassen. Nie hat man das deutlicher gesehen als in den vier ersten Merkel-Jahren, in denen sich die Unionsparteien als die besseren Kopien der Sozialdemokratie zu erkennen gaben. Die nominellen Sozialdemokraten hingegen hatten von den Tagen Schröders an politische Reife demonstrieren wollen, indem sie tapfer selbstzerstörerisch die unumgänglich „notwendige“ Reformpolitik praktizierten, von welcher der listig träge Kanzler Kohl stets die Finger gelassen hatte.

Aus dieser Sicht war es Gerhard Schröder, der aufgrund seiner nichtlethargischen Qualitäten den Niedergang seiner Partei einleitete. Man muss begreifen: Seit den Tagen Helmut Kohls herrscht im Bundestag nicht bloß das Gesetz der Wählerverwirrung durch Programmvertauschung zwischen links und rechts, auch der Begriff Opposition hat einen neuen Sinn angenommen: Opposition ist längst nicht mehr das, was die Nichtregierungsparteien treiben. Opposition wird wirksam nur noch durch die aktuelle Regierung ausgeübt, und zwar dadurch, dass sie ihrer möglichen Nachfolgerin die Probleme hinterlässt, an denen sie zuverlässig scheitert. In diesem Sinn brachte die Merkel-Wahl von 2005 eine späte Genugtuung für den Vater aller Lähmungen. Auf seinen Spuren zog seine natürliche Tochter ins Kanzleramt ein. Man lernt daraus: Der lethargokratische Politiker wird mittelfristig belohnt, weil er und seine Nachfolger die besten Chancen haben, die nächste Wahl zwar zu verlieren, aber dafür die übernächste zu gewinnen.

Der reale Semisozialismus

Ein suspektes Sprichwort behauptet, es gebe Leute, die den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. Ob so etwas vorkommt, sei bis auf Weiteres dahingestellt. Sicher ist aber, dass es Leute gibt, die vor lauter Parteien den Staat nicht sehen. Solche Leute sehen auch vor lauter Mangelalarm die unglaublichen Reich-

tümer nicht, die heute wie gestern durch die öffentliche Hand gesammelt und zur Umverteilung gebracht werden. Man redet von „leeren Kassen“ und beschreibt damit eine Staatlichkeit, die Jahr für Jahr rund 1000 Milliarden Euro vereinnahmt und verteilt. Solche Staatsblindheit gilt besonders für die diskutierende Klasse in Deutschland, an ihrer Spitze eine Anzahl von „kritischen“ Soziologen, in Frankfurt und anderswo, die seit Jahrzehnten die scheinplausible These verbreiten, wir lebten unter der Knute des Neo-Liberalismus und des „ökonomischen Horrors“ – um an den effektvollen Slogan der matten Kapitalismuskritikerin Viviane Forestier zu erinnern.

Kaum jemand hat sich in dieser Zeit die Mühe gemacht, den wirklichen Verhältnissen in öffentlichkeitstauglicher Weise auf den Grund zu gehen. Insbesondere war so gut wie nie von dem eben erwähnten „objektiven“ Sozialdemokratismus die Rede. Durch ihn sind die Axiome der Sozialdemokratie von der Ebene der rhetorischen Forderungen in die Strukturen der Staatlichkeit als solcher transponiert worden. Sie bilden eine stabile Hintergrundwirklichkeit, die immer mitläuft, wenn im Vordergrund über labile Projekte, Maßnahmen und Differenzen gestritten wird. Die phänomenale SPD kann sich Machtpausen und Schwächephasen leisten, die von ihr mitgeschaffene Transfermaschine geht unabhängig davon ihren Gang. Allen Klagen über soziale Kälte und schleichenden Sozialabbau zum Trotz arbeitet man auch heute auf den Nachtbaustellen des Sozialstaats fieberhaft weiter an der Ausdehnung der Netze.



Es war Gerhard Schröder, der aufgrund seiner nichtlethargischen Qualitäten den Niedergang seiner Partei einleitete

Die Wesensgleichheit zwischen objektiver Sozialdemokratisierung und starker Steuerstaatlichkeit geht hierzulande bis in die Bismarckzeit zurück, als der Eiserne Kanzler den Forderungen seiner Widersacher im preußischen Parlament entgegenkam, um sie politisch zu neutralisieren. Doch hat auch die Wilhelminische Ära das Ihre zur Etablierung des modernen Fiskalsystems beigetragen, als mit den Miquel'schen Finanzreformen 1891/93 die progressive Einkommenssteuer in Preußen heimisch wurde. Seither lässt sich mit gutem Grund die These vertreten, der moderne Steuerstaat sei per se das Vollzugsmedium des objektiven Sozialdemokratismus. Zugespitzt gesagt: Der durch sein Fiskalprivileg ermächtigte Umverteilungsstaat aktuellen Typs verkörpert essenziell eine krypto-semi-sozialistische Struktur. Aus Hegel'scher Sicht dürfte man hinzufü-

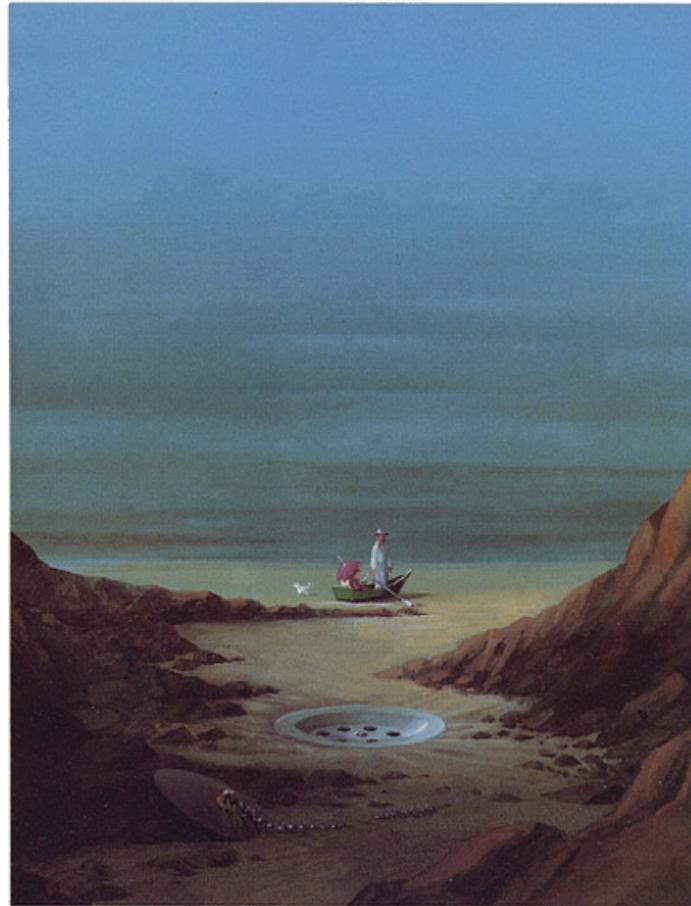
gen, dies könne und dürfe auch gar nicht anders sein, sofern die Staatlichkeit als solche das Organon des Allgemeininteresses verkörpert. Die sichtbare Hand des Allgemeinorgans, verkörpert durch den empirischen Finanzminister, greift den wirtschaftenden Bürgern mit einiger sittlicher Berechtigung regelmäßig in die Tasche, um sie zu einer kräftigen Abgabe ans Ganze zu bewegen. Für einen Philosophen deutsch-idealistischer Provenienz bereitet es nicht die geringste Schwierigkeit, das aktuelle System starker Steuerstaatlichkeit als real existierenden Semisozialismus zu definieren. Um aber den fiskalisch basierten Semisozialismus in seiner Eigenart zu begreifen, muss man zwei Dinge stets in Betracht ziehen: zum einen, dass seine Existenz von allen Akteuren strikt geleugnet wird – von den Linken, weil sie andernfalls erklären müssten, mit welcher Begründung sie chronisch mehr wollen, von den Rechten, weil sie sonst zugeben müssten, dass sie im Wesentlichen längst heimliche Linke sind. Zum anderen ist für den realen Semisozialismus bezeichnend, dass er bisher ausschließlich in nationalstaatlichen Formen praktikierbar war.

Der Grund hierfür ist leicht zu nennen: Schon das späte 19. Jahrhundert hat die beiden großen Impuls-Ideen der neueren Zeit, den nationalen und den sozialen Imperativ, zu mehr oder weniger effektiven, auch zum Teil fatalen, Synthesen zusammengebaut. Infolgedessen ist der moderne Staat bis heute strukturell nationalsozial oder sozialnational ausgerichtet. Als Nationalstaat formatiert er die Solidargemeinschaft zu einem „Volk“ mit gemeinsamen Schicksalen und Symbolen, als Sozialstaat formatiert er das „Volk“ zu einer operativen Solidargemeinschaft, und zwar temporal als Zusammenhang der Generationen und funktional als Zusammenhang von „Volk“ und Eliten.

Dieses System stößt seit einer Weile an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. In Zeiten erhöhter Migration, intensiverer Zuwanderung, zunehmender Elitenabwanderung und demografischer Ausdünnung macht der moderne Staat die irritierende Entdeckung, dass es mit der sozialnationalen Synthese allein auf Dauer nicht mehr getan ist. Seither lautet die Aufgabe für den Staat, der sich und seine Populationen reproduzieren will: Es gilt, eine Integrationsformel höherer Stufe zu finden, kraft welcher eine zunehmend heterogene Staatsbevölkerung als Leistungsträgergemeinschaft jenseits der diver-

gierenden Herkunftskulturen bestimmt wird. Diese Formel kann nur durch einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ zustande kommen, der die Leistungsträger aller beteiligten Seiten in die Mitte der sozialen Synthesis rückt. An dieser Problemfront engagieren sich seit einer Weile die weitsichtigeren Teile der Bürgergesellschaft und der Staatlichkeit. Ihnen ist eines völlig klar: Das soziale Band von morgen wird durch die Investitionen und Integrationen geknüpft, die hier und heute geschehen. Wird die vorausschauende Pflege dieses Bandes vernachlässigt,

bringt man durch Unterlassungen von heute den Zerfall von morgen auf den Weg.



Das soziale Band von morgen wird durch die Investitionen und Integrationen geknüpft, die hier und heute geschehen müssen

Parlamentarische Demokratie: Eine Machtwechselmaschine

Wären unsere Perser in diesen Wochen nach den Wahlen zum 17. deutschen Bundestag in unserem Land unterwegs, sie kämen aus dem Staunen nicht heraus. Sie wären fassungslos über das, was für unsereinen längst gewöhnlich scheint: Dass eine Regierung die Gunst des Volks verlieren und ohne eine Nacht der langen Messer aus ihren Funktionen entlassen werden kann. Dergleichen hat man zu Hause von den Tagen des Xerxes und Darius an nie gesehen. Das persische Staunen sollte uns selber Anlass zum Nachdenken geben. Tatsächlich sind unter demokratiethoretischen Aspekten Regierungswechsel nach Wahlen die glücklichen Momente des politischen Systems. Sie beweisen, indem sie Macht ablösen ohne Blutvergießen ermöglichen, worauf es in dieser fragilen Lebensform ankommt. Demokratische

Regierungen gehen das Wagnis ein, den Bürgern gefallen zu müssen, und verzichten bewusst auf die Mechanismen direkter Herrschaft, mit denen Monarchien, Theokratien und Despoten von alters her die Zustimmung der Untertanen erzwingen. Betrachtet man die Resultate des 27. Septembers unter diesem Aspekt, so sind sie eindeutig auf der Gewinnseite des demokratischen Lebens anzuschreiben, selbst wenn viele Wähler den Ausgang der Wahl aufgrund konträrer politischer Präferenzen oder unüberwindlicher persönlicher Abneigungen gegen die Gewinner im Konkreten bedauern.

Unter anderen Gesichtspunkten sind die vom 27. September geschaffenen Verhältnisse mit gemischten Gefühlen zu betrachten, mag es auch für ein entschiedenes Urteil noch zu früh sein. In zehn oder zwanzig Jahren wird man erkennen, ob

dieser Wahlabend einen schwarzen Tag für die deutsche Demokratie bedeutet hat oder nicht, doch schon jetzt geben die Veränderungen im Parteienspektrum Anlass zu Sorgen um die Zukunft des politischen Systems. Jedenfalls wird man rückblickend eines Tages konstatieren, dass bei der Septemberwahl 2009 die stärksten Stützpfeiler der politischen Kultur in Deutschland nach 1949 katastrophisch zusammengebrochen sind. Was an diesem Tag von der Bühne verschwand, so die wahrscheinlichste Diagnose, war das bis dahin fraglos dominierende Regime der nationweitsammlungsfähigen Organe politischen Willens, die man von den Tagen der seligen Bonner Republik her die Volksparteien nannte. Solange die beiden großen Lager Union und SPD im Land den Ton angaben, hieß zu den Wahlen gehen tatsächlich wählen – sprich: zwischen erkennbaren Alternativen und kontrastreich voneinander abgesetzten Lagern entscheiden. Nach sieben Jahren Rot-Grün und vier Jahren Schwarz-Rot sind die politischen Primärfarben so sehr vergraut, dass „Wählen“ jetzt eine dezisionistische Geste meint: Unschlüssig starrt man auf den Stimmzettel und erhofft eine Eingebung in letzter Minute, die sagt, an welcher Stelle man sein Kreuz anbringt. Ein so zustande gekommenes Signal des Wählerwillens ist möglicherweise ein schwaches Indiz für die Existenz der Willensfreiheit, nach welcher heute die Philosophen fahnden, jedoch ein starker Hinweis auf das Ende der Demokratie, wie wir sie gekannt haben.

Von dieser Lage, in der die alten Farben und Fahnen wertlos werden, profitieren bis auf Weiteres nur die kleinen Parteien. Sie lenken die Reste der alten politischen Libido auf sich, weil sie den Grauzoneneffekt bis auf Weiteres meiden können und sich mit einer erkennbaren These auf den Marktplatz stellen. Die kleineren Parteien, die am 27. September jubelten, sind darum typische Ein-Thema-Plattformen, die ihre politische Sichtbarkeit ihrer Einseitigkeit verdanken. Nun sollte man nicht vergessen, dass Einseitigkeit in politischer Hinsicht die Höchstform von Unverantwortlichkeit darstellt. Die unverantwortlichen Kleinen fahren Gewinne ein, weil sie und solange sie aus ihrer Regierungsunfähigkeit kein Geheimnis machen – Regieren ist ja genau die komplexe polythematische Arbeit, die bisher nur den Volksparteien gelang und zu der die Monothematiker aus eigener Kraft definitionsgemäß unfähig sind.

Die siegreichen Aspektparteien, die jetzt den Bundestag und die Länderparlamente selbstsicherer denn je mitbevölkeren, triumphieren insgeheim auch deswegen, weil sie wissen: In Zukunft werden sie Zugang zu allen möglichen Aufgabefeldern erhalten, von denen sie glücklicherweise bis dato nichts verstehen mussten. Sie werden sich im System einnisten, weil das politische Geschäft nach Lage der Dinge künftig nur noch durch kompliziertere Koalitionen betrieben werden kann, oder, um deutlicher zu reden: durch sorgfältig inszenierte Koalitionserpressungen. Wenn schon die zweite Große Koalition für die deutsche Demokratie verhängnisvoll war, weil sie den Volksparteien das Genick brach, so könnten die vielfältigen Koalitionsfiguren, die sich für die Zukunft abzeichnen, erst recht fatale Folgen zeitigen, weil sie die Italicisierung der Verhältnisse in unserem Land vorantreiben. Was das im Einzelnen bedeutet, davon soll des Sängers Höflichkeit für den Augenblick schweigen.



In zehn oder zwanzig Jahren wird man erkennen, ob dieser Wahlabend einen schwarzen Tag für die deutsche Demokratie bedeutet hat oder nicht

ruhig halten, es gilt für aufgeregttere Zustände erst recht. Wer vom „Zeitgeist“ redet, ist daher mindestens ebenso ein Erfinder wie ein Beobachter, ebenso ein Fantast wie ein Diagnostiker.

An keinem Vorgang war dies in jüngerer Zeit deutlicher zu beobachten als an dem gewaltigen Interpretationsspektakel, mit dem die kommentierende Klasse sich über die Weltfinanzkrise nach dem von den USA-Wirtschaftsstrategen bewusst herbeigeführten Zusammenbruch der Lehman-Bank im Herbst 2008 ausließ. Der Tenor der Diagnosen ging damals allgemein dahin, man werde die Welt nach der Überwindung der Krise nicht mehr wiedererkennen – so tief würden sich ihre Auswirkungen in die kollektive Mentalität einprägen und auf dem Umweg über den Mentalitätswandel auch

Vom aktuellen Zeitgeist: Eine neue Antithese taucht auf

Wer sich jemals mit der Psychodynamik moderner Populationen beschäftigt hat, wird wissen, dass nichts so schwer zu fassen ist wie eine kollektive Stimmung und sich nichts so sehr der Definition entzieht wie der oft zitierte „Zeitgeist“. Von dem behauptet bekanntlich jeder, er sei persönlich fähig, ihn zu spüren, und doch ist es noch niemandem gelungen, seine Existenz zu beweisen. Dies gilt bereits in den Zeiten, in denen die Dinge

die Sphäre der Prozeduren und Strukturen umformen. Ein Jahr danach ist von den fabelhaften Prophezeihungen außer einem schalen Nachgeschmack nichts mehr übrig. Der „Zeitgeist“, von dem man glauben wollte, er hätte die Richtung zu radikaler Erneuerung eingeschlagen, hat sich für business as usual entschieden und will von großen Konversionen nichts mehr hören.

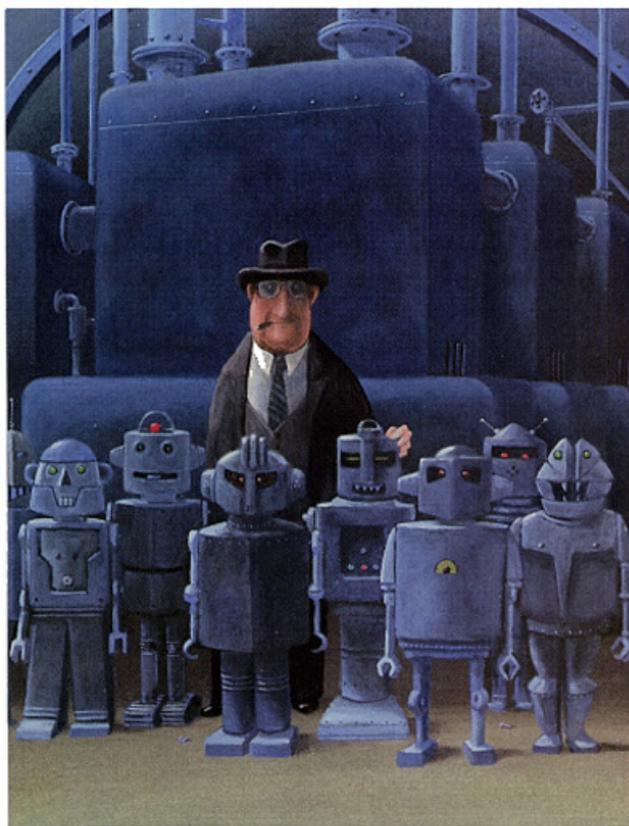
Vor diesem Hintergrund werden die deutschen Wahlen vom September 2009 zeitdiagnostisch lesbar. Sie deuten an, was der Zeitgeist heute wirklich im Schilde führt. An erster Stelle lassen sie etwas Erfreuliches erkennen: Die heutigen Deutschen haben eine nahezu ungläubliche Hysterieresistenz entwickelt. Die erlaubt es ihnen, sich auch dann fürs Normale und Plausible zu entscheiden, wenn das politische Feuilleton ihnen schon Ritter, Tod und Teufel an die Wand gemalt hat. Obgleich man es kaum für möglich hält: Die Deutschen sind binnen eines halben Jahrhunderts, das sie in Wohlstand, Frieden und Harmlosigkeit verbrachten, ein *Savoir-vivre-Kollektiv* geworden, das sich so leicht von niemandem um den Verstand bringen lässt. Das galt schon für den gelassenen Umgang unserer Landsleute mit der Finanzkrisenpublizistik im Herbst 2008, die sie fast ungerührt an sich abtropfen ließen. Das gilt erst recht für ihre letztlich so bodennahen wie vernünftigen Wahlentscheidungen am 27. September.

Dass beide Volksparteien große Verlierer sind, wurde vielfach gesagt und wird auch durch Wiederholungen nicht falsch. Was die klaren Gewinner angeht, die Liberalen und die Linke, so bedeuten die Zuwächse, die sie erfahren haben, auf den ersten Blick nichts anderes als praktizierte Normalität. Nichts ist normaler und demokratischer als die Tatsache, dass sich bei Wahlen Interessen in Präferenzen übersetzen. Bemerkenswert ist aber, dass es in Deutschland zur Stunde offenbar nur zwei Gruppierungen gibt, die durch ihre prägnanten Interessen zu klaren Wahlentscheidungen motiviert sind, eben die Wähler der Linken und der FDP, während die übrigen es sich offenbar noch immer leisten können, aus Loyalität und Gewohnheit die Union, die SPD und die Grünen zu wählen, sei es aus Loyalität, aus Gewohnheit oder aufgrund von idealeren Motiven.

Auf den zweiten Blick taucht hinter der Plausibilität des deutschen Wählerverhaltens eine stark veränderte Konflikt-

landschaft auf. Die Antithese zwischen der Linken und den Liberalen ist überaus bedeutungsvoll, um nicht zu sagen zukunftsentscheidend, weil sich in ihr eine bisher systematisch verschleierte Polarisierung der Gesellschaft in nie zuvor gesehener Klarheit artikuliert. Zum ersten Mal in der Geschichte der neueren deutschen Demokratie treten sich in den Gewinners des 27. September zwei Gruppen gegenüber, die man so noch nicht miteinander konfrontiert sah. Man möchte fast an einen „Klassen“gegensatz unbekanntem Typs glauben, der bisher nicht

bis zur offenen Kollision herangereift war. Definiert man jedoch den Begriff der „Klasse“, dem Marx'schen Sprachgebrauch gemäß, durch die Stellung von sozialen Akteuren im „Produktionsprozess“, so sind die neuen Kontrahenten keine Klassen. Mit „Produktion“ hat ihre Entgegensetzung gerade nichts zu tun. Ihre Rolle im System bestimmt sich vielmehr durch ihre Stellung im fiskalisch-monetären Prozess und im staatlich gesteuerten Umverteilungsgeschehen. Hier finden wir in dem einen Lager die Steueraktiven, die den Fiskus mit ihren Abgaben bereichern, im anderen, vorsichtig gesprochen, die Steuerneutralen, die überwiegend von Transferleistungen profitieren. An der neuen politischen Front stoßen also, um die Sache technischer auszudrücken, zwei finanzpolitische Großgruppen aufeinander: hier die Transfermassengeber, die aufgrund von unumgehbaren Steuerpflichten die Kassen füllen, dort die Transfermassennehmer, die aufgrund von sozialpolitisch festgelegten Rechtsansprüchen die Kassen leeren.



Die Deutschen sind binnen eines halben Jahrhunderts, das sie in Wohlstand, Frieden und Harmlosigkeit verbrachten, ein *Savoir-vivre-Kollektiv* geworden

Zentralstellung der Leistungsträger

Diese Kollision hat eine pikante Seite, weil sie von der herkömmlichen politischen Semantik nicht erfasst wird. Auf dem linken Flügel ist man für die neue Frontbildung unsensibel, weil man sich dort immer noch an die abgenutzte, doch nie verabschiedete vulgärmarxistische Vorstellung hält, die „Beserverdienenden“ und erst recht die Großverdiener seien in letzter Instanz irgendwie allesamt „Ausbeuter“, denen es nur recht geschieht, wenn man ihnen einen kräftigen Teil ihrer „Diebstähle“ am Allgemeinreichtum fiskalisch wieder abnimmt. Wo Eigentum immer schon Diebstahl bedeutet, wie Proudhon um 1840 dozierte, ist Gegendiebstahl das Gebot des Ausgleichs. Dann kann nur das adäquate Ausmaß des Gegendiebstahls

strittig sein: sei es, dass man mit Lenin auf einen Schlag das Ganze „zurück“nimmt, sei es, dass man mit dem strukturellen Sozialdemokratismus Jahr für Jahr die Hälfte aller Wertschöpfungen für den Fiskus reklamiert.

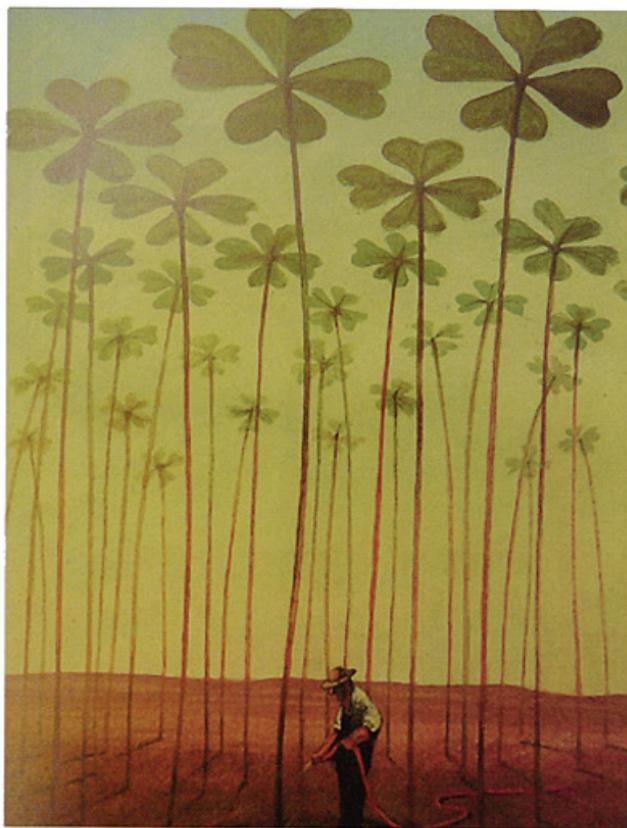
Aber auch auf dem rechten Flügel hat man an der neuen Konfliktlage keine wahre Freude, weil man dort nicht aufgehört hat, davon zu träumen, wieder eine von allen Seiten wählbare Volkspartei zu bilden und keine bloße Leistungsträgerpartei zu sein. Zwar weiß man dort am besten, dass es fatal wäre, diese essenzielle Gruppe zu verprellen, doch ist den Unionsstrategen ebenso klar: Mit den Stimmen der starken Zähler allein kommt man mehrheitsmathematisch auf keinen grünen Zweig. Im finanztheoretischen Jargon heißen Leistungsträger die 25 Millionen Steueraktiven, die vorläufig noch damit einverstanden sind, in Deutschland zu leben, und aus deren Einkommen sowie aus den davon abzuführenden Abgaben praktisch alles stammt, was die 82-Millionen-Population des Landes am Leben hält. Wer es genauer wissen will, kann offiziellen Tabellen die aktuellen Zahlen entnehmen: Allein das obere Zwanzigstel der Leistungsträger bestreitet gut 40 Prozent des Gesamtaufkommens an Einkommenssteuern, das obere Fünftel 70 Prozent.

Die wirklichen Gewinner der Wahlen vom September sind aus dieser Perspektive betrachtet die Leistungsträger im eben definierten Sinn, wenn auch Gewinner erst in zaghaften Umrissen. Sie lösen sich jetzt mit einem sachten Ruck aus ihren bisherigen volksparteilichen Verankerungen und finden bei den Liberalen fürs Erste so etwas wie eine Aufgangstation oder ein provisorisches Basislager, in dem man über die weitere Route diskutieren kann. Es wäre ein schwerer Fehler zu glauben, der FDP-Apparat könne sich von heute auf morgen seinem enormen Erfolg gewachsen zeigen – nein, die Partei wird eine ganze Weile brauchen, um zu begreifen, wie ihr geschehen ist. Sie hat auch – nach dem Tod Dahrendorfs – keinen theoretischen Kopf mehr, der ihr erklären könnte, welches Mandat ihr durch die neuen Verhältnisse zuwächst. Zur Stunde kann sie nicht einmal ihre 93 Sitze im Bundestag mit glaubhaften Kandidaten füllen, weil sie es bundesweit kaum noch auf drei Dutzend vorzeigbarer Leute bringt. Ihre parlamentarische Präsenz wird bis auf Weiteres in proportionalem Schausitzen bestehen – was freilich in noch

viel höherem Maß für die 76 Abgeordneten der Linken gilt, die bis auf Weiteres keine politische Kraft, sondern nur ein logistisches Problem darstellen.

In Wahrheit geht es jetzt nicht nur um einen Strukturwandel im Parteiengefüge. Die Septemberwahlen lassen erkennen, dass ein wesentlich tiefer eingreifender Umschwung begonnen hat. Wenn der Zeitgeist für diesmal nicht bloß ein literarisches Phantom, sondern ein effektiver psychopolitischer Vektor ist, so wird er für eine Mobilisierung sorgen, in

deren Verlauf sich die Gruppe der steueraktiven Bürger ihrer Bedeutung und Verantwortung für den Gang der Dinge in einem bisher unbekanntem Maß bewusst wird. Damit geht ein langes ideologisches Regime zu Ende, das auf einer polemischen Fehldeutung der politisch-ökonomischen Beziehungen zwischen Gebern und Nehmern in der modernen Gesellschaft beruhte – einer Fehldeutung, die in der Regel mit einer groben Fehleinschätzung der nehmenden und gebenden Staatstätigkeit Hand in Hand ging. Insbesondere haben Ricardo und Marx die folgenschwerste Verwirrung gestiftet, als sie dozierten, die „Wertschöpfung“ gehe letztlich ausschließlich auf den Faktor „Arbeit“ zurück. Es gibt vermutlich keinen zweiten Fall in der Geschichte der Ideen, in dem ein theoretischer Irrtum so große praktische Folgen nach sich zog. Auf ihm basiert ein bis heute virulentes System der Leistungsträgerverleumdung, das sich über zweihundert Jahre von den Frühsozialisten bis zu den Postkommunisten erstreckt. Der Zeitpunkt scheint



In Wahrheit geht es jetzt nicht nur um einen Strukturwandel im Parteiengefüge. Die Wahlen lassen erkennen, dass ein viel tiefer eingreifender Umschwung begonnen hat

gekommen, den Pflöck endlich tief genug in den Boden einzuschlagen, damit nie wieder hinter die entscheidende Erkenntnis zurückgegangen wird: dass in der modernen, objektiv sozialdemokratisierten Staats- und Gesellschaftswirklichkeit die Leistungsträger im genannten Sinn summa summarum zu einer gebenden Größe geworden sind. Sie können auf der Geberseite mit eindrucksvollen Summen in Erscheinung treten, weil sie und solange sie als Erwirtschafter von Einkommen nicht unbelohnt bleiben. Gewiss, es gab und gibt hierbei Exzesse, die nach Korrektur verlangen, im 21. Jahrhundert nicht anders als im 19. Wer aber reflexhaft „Kapitalismus“ ruft, beweist nur, dass er nichts begriffen hat. Wir brauchen statt ökonomischer Halbgedanken ein neues und zu Ende durchdachtes Modell vom Nexus zwischen „Ei-

gentum, Zins und Geld". Im Klartext: Es ist Zeit, Gunnar Heinsohn zu lesen.

Parteienpoker und Schicksalsfragen

Aus diesen Überlegungen ergibt sich der Gesichtspunkt, unter dem man die jetzt beginnenden Transaktionen der Bundestagsparteien untereinander und ihre Sondierungsgespräche mit sich selbst evaluieren kann.

Die Union wird ab sofort versuchen müssen, alles an althergebrachter Volksparteilichkeit zu retten, was davon heute überhaupt zu retten ist. Das kann sie nur dann, wenn sie, als Agentur konservativer kleinbürgerlicher Milieus, als Drehscheibe rechtschaffener Kommunalpolitik, als Moderatorin der Realwirtschaft im Kleineren, Mittleren und Großen, aber auch als anonyme Geschäftsführerin der objektiven Sozialdemokratie, einen klugen Ausgleich mit der jetzt klar gestärkten liberalen Agentur der Leistungsträger herbeiführt. Indem sie sich als Seniorpartner mit dem vom Erfolg überraschten Junior verbündet, verbessert sie ihre eigenen Überlebens- und Wachstumschancen erheblich: Sie könnte, wenn sie nicht kopflos agiert, die Leistungsträger wieder vermehrt auf ihre Seite ziehen, ohne die prekären Existenzen allzu hart vor den Kopf zu stoßen.

Die Liberalen haben zugleich die einfachste und die schwierigste Aufgabe vor sich. Als klare Gewinner der jüngsten Wahlen müssen sie im Umgang mit der Union demonstrieren, dass sie nicht vor lauter Erfolgsbegeisterung bereit sind, die Gründe ihres Erfolgs zu vergessen. Es ist ihre objektive Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Leistungsträgerkern der deutschen Population sich in Zukunft nicht nur fiskalisch stark mitgenommen fühlt, sondern sich endlich auch politisch, sozial und kulturell gewürdigt weiß. Es geht darum, eine neue Semantik zu schaffen, die den Leistungsträgern als Geben Genugtuung verschafft. Eine solche Semantik setzt den Bruch mit der Mangelpflege voraus, sie verlangt eine Hinwendung zu einer wiedererwachten Stolzkultur. Dazu gehört, dass man Freiheitsmotive wieder höher veranschlagt: Es entspräche liberaler Tradition, sich zu weigern, das Interesse an Sicherheit bis zur Erbärmlichkeit voranzutreiben. Zu dieser Entwicklung könnte auch Guido Westerwelle persönlich einiges beitragen, wenn es ihm gelingt, die Image-Passage vom alten Jüngling zum jungen Staatsmann zu bewältigen. Ein Schelm, wer ihm diese Metamorphose schwerer machen will als nötig.

Die sozialdemokratische Partei steht vor einer Entscheidung, bei der sie in ihren internen Abgrund schaut. Sie ist als Volkspartei beinahe ins Nichts gestürzt und muss die Wahl treffen, ihren Sturz fortzusetzen oder zu stoppen. Sie setzt ihn fort, wenn sie sich als Arbeiterpartei unmöglich macht – und sie wird sich als solche unmöglich machen, wenn sie in Koalitionen mit der postkommunistischen Linken dieser die Chance gibt, sich auf Kosten der großen alten SPD zu profilieren. Wenn also jemals Linksunion, dann nur unter strikter Dominanz der Sozialdemokraten. Möchte die SPD für den unentbehrlichen Leistungsträgerkern der Gesellschaft wieder attraktiv werden, so kann sie das nur, wenn sie unmissverständlich klarmacht: Sie will an erster Stelle den berechtigten Stolz der Berufstätigen, der Steueraktiven und der sozial Mitfühlenden artikulieren; nur in zweiter Linie darf sie dabei mitwirken, der Wut der Arbeitslosen zu ihrem Recht zu verhelfen

und die Entmutigung der Ausgemusterten zu kompensieren. Die Partei steht heute an ihrem Abgrund, weil fast eine Hälfte von ihr zum Selbstmord nach links bereit ist. Diese gefährdete Hälfte sollte dem weisen Klaus von Dohnanyi zuhören, wenn er ihr erklärt, dass die Partei nur wieder auf die Füße kommt, sofern es ihr gelingt, die linke Mitte zurückzugewinnen. An die Mitte kommt nur heran, wer es nicht verlernt, zu den Leistungsträgern zu reden.

Die Linke kann das nicht, und sie will es nicht. Weil sie es aus tiefer sitzenden Gründen nicht kann und aus opportunen Gründen nicht will, hat sie es aufgegeben, es zu versuchen. Sie entwickelt keine Sprache, die an die Gesellschaft im Ganzen adressiert ist. Es genügt ihr, zu trommeln und ihre Klientel zu sammeln, die zum größten Teil aus den erfolgloseren Segmenten der Bevölkerung besteht. Weil auch für diese Gruppen Repräsentation und Ausdruck unentbehrlich sind, muss man die Existenz der Linken begrüßen. Sobald diese durch Koalitionen in Regierungen eintritt, wird sie beweisen müssen, ob sie verstanden hat, dass eine Partei von Nehmern mit der Zeit ins komische Fach überwechselt, wenn sie sich weiter als Speerspitze der Ausgebeuteten darstellt.

Die Grünen schließlich sind heute die politische Gruppierung, die sich mit der größten Gelassenheit auf den Oppositionsbänken niederlassen darf, weil sie sicher sein kann, der Lauf der Dinge setzt ihre Themen eher früher als später wieder ganz vorne auf die Tagesordnung. In dieser Hinsicht haben sie einiges mit der tragischen Sozialdemokratie gemeinsam, denn der Staat der Zukunft wird nicht nur objektiv sozialdemokratisch, sondern auch objektiv grün sein müssen. Die tiefgrünen Grünen dürfen und sollen in gewisser Weise ihr eigenes Überflüssigwerden wollen, weil ihre Sache zu wichtig ist, um nur im kleinen Rahmen einer Aspektpartei verwaltet zu werden. Die Zeit ist nicht fern, in der jede Regierung so grün sein muss, dass es eine Frage zweiten Ranges sein wird, ob explizite Grüne an ihr beteiligt sein werden oder nicht.

Signal

Kurzum, der Geist der Zeit sendet neue Signale. Es wäre fatal, sie nicht empfangen zu wollen. Die festgeschriebenen Identitäten, die Parteiträgheiten, die selbstgefälligen Meinungskonglomerate – sie taugen angesichts neuer Verhältnisse wenig. Wer nur „meint“, lebt in der Vergangenheit. Wer sich nur selbst zitiert, ist überholt. Wir müssen die Fenster öffnen, um Zeitluft und Zukunftsmusik einzulassen. Vor allem müssen wir aktiv die Grenzen öffnen, um denen, die als Zuwanderer bei uns erfolgreich werden wollen, die Chance zu geben, in Kooperation und Wettbewerb mit den heimischen Leistungsträgern den Wohlstand zu erzeugen, der zur Hälfte ihnen selbst und zur Hälfte unserem Gemeinwesen weiterhilft.